

Open Data - Antworten auf die Wahlprüfsteine von Digitale Gesellschaft zur Landtagswahl Berlin 2011

Von der CDU liegen keine Antworten vor

Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
Hat Ihre Partei eine Strategie für eine »transparente Verwaltung« für das Land Berlin?	<p>Ja.</p> <p>Die Berliner SPD hat sich bereits in der jetzigen Legislaturperiode für eine „transparente Verwaltung“ und eine Open-Data-Strategie des Landes Berlin eingesetzt. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen und orientieren uns dabei an der kürzlich erarbeitenden Open-Data-Agenda (vgl. http://berlin.opendataday.de/agenda/). Das von der derzeitigen Koalition unter SPD-Führung beschlossene Informationsfreiheitsgesetz ist bundesweit vorbildlich. Trotzdem werden wir es kontinuierlich weiterentwickeln. (vgl. BERLINprogramm, http://www.spd-berlin.de/w/files/spd-parteitage/spd_berlinprogramm_2011_2016web.pdf, S. 29) Öffentliche Daten machen wir so weit wie möglich transparent und richten Schnittstellen zur Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger ein. Wir streben an diese Ziele innerhalb der nächsten Legislaturperiode zu verwirklichen.</p>	<p>Ja. Im Sinne des „Open Governments“ wollen wir zusammen mit der Verwaltung und all denjenigen, die sich einbringen wollen, kooperieren und gemeinsam eine möglichst breite Partizipation ermöglichen, politische Entscheidungsprozesse nachvollziehbar ausgestalten und unter anderem auf diese Weise auch Filz und Korruption verhindern. Voraussetzung dafür ist Transparenz von Politik und Verwaltung auf allen Ebenen. Eine solche Strategie darf nicht nur aus wenigen Leuchttürmen bestehen sondern muss breit verankert werden, was nicht von heute auf morgen zu lösen sein wird, sondern Zeit benötigt.</p> <p>Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Informationsfreiheit. Wir wollen nicht nur das von den Grünen erkämpfte individuelle Akteneinsichtsrecht vereinfachen und verbessern, sondern sicherstellen, dass alle relevanten Informationen der Verwaltung, soweit sie nicht begründeten Datenschutzinteressen unterliegen, nutzungsfreundlich, frei, und in offenen und maschinenlesbaren Formaten zugänglich gemacht werden. Das Internet bietet dafür die geeignete Plattform. Hierzu wollen wir zu Beginn der Legislaturperiode das Berliner Informationsfreiheitsgesetz</p>	<p>»Für DIE LINKE ist das Internet eins der mächtigsten Instrumente unserer Zeit für Demokratisierung, Transparenz und Teilhabe. Wir streiten dafür, dass gerade die Metropole Berlin dafür Vorreiter in Verwaltung, Politik und Gesellschaft wird. Wir wollen die Verwaltung durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel effizienter, transparenter und bürgernäher gestalten. Dazu zählen für uns ein effektiver Einsatz von Open-Source-Software in der Berliner Verwaltung und eine Open-Data-Strategie, die Regierungs- und Verwaltungsdaten für alle Berlinerinnen und Berliner in angemessener Weise aufbereitet und zur Verfügung stellt. Die LINKE will die Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen ausbauen und setzt dabei auch auf E-Petitionen auf Landes- und Bezirksebene sowie die Möglichkeit, Volks- und Bürgerbegehren online durchzuführen. Wir unterstützen Co-Working-Projekte als Beitrag zur Entwicklung des Kreativpotenzials Berlin.« (Wahlprogramm 2011)</p> <p>Mit diesen Forderungen sind bereits die Ziele und Kernbestandteile umrissen: Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit!</p> <p>Dafür ist es notwendig, dass - wie bereits in anderen Ländern und</p>	<p>Ja. Wir haben Absätze in Grundsatz- und Wahlprogramm in denen wir uns intensiv mit der vollständigen Transparenz in Politik und Verwaltung beschäftigen.</p> <p>Wir sehen Transparenz als Pflicht des Landes Berlin an: * Wir werden die Regelungen zur Antragsstellung abschaffen, Zugangsbeschränkungen minimieren und die Gebühren für Auskünfte abschaffen. * Wir wollen, dass jeder Schritt bei Ausschreibungen, Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüssen offengelegt wird. Jeder Vertrag wird erst wirksam, wenn er komplett offengelegt ist. Bei alten Verträgen muss dies nachverhandelt werden. * Sämtliche Dokumente zu Sitzungen von Gremien, Ausschüssen usw. werden wir unmittelbar und nachvollziehbar veröffentlichen, online und offline. * Die Öffentlichkeit soll in Zukunft nur noch im Ausnahmefall von Sitzungen ausgeschlossen werden, alle Sitzungen werden live übertragen und aufgezeichnet. * Jeder Abgeordnete soll seine Kontakte zu Lobbyorganisationen, Vereinen und Verbänden offenlegen. * Alle Daten und Werke, deren Erschaffung durch Steuergeld finanziert wird, werden wir offenlegen und jedem Bürger zugänglich machen * Über jedes neue Projekt muss das Land</p>	<p>Wir wollen, dass sich die öffentliche Verwaltung als Dienstleister versteht. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, ist die Verwaltung in Berlin transparenter zu gestalten. Das heißt für uns: Die Behörden sollen für den einzelnen Bürger und das einzelne Unternehmen einfach und interaktiv erreichbar sein. Wir setzen uns für den Ausbau der eGovernment Plattform ein, um den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen viele Möglichkeiten zu bieten, deutlich schneller und effizienter Behördengänge zu bewerkstelligen, Informationen und Formulare im Internet abzurufen und viele Anliegen schnell und unbürokratisch zu erledigen. "open data" bzw. „open government“-Initiativen sollten auch auf Open Source basieren, damit auch die Bürger die Chance haben, aktiv an Weiterentwicklung und Verbesserung mitzuarbeiten.</p> <p>Der Prozess hin zu einer transparenten Verwaltung wird voraussichtlich einige</p>

		<p>weiter ergänzen, den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf eine proaktive Publikation staatlicher Daten im Internet stärken und über ein E-Government-Gesetz auch die dafür notwendigen strukturellen und technischen Voraussetzungen gesetzlich absichern. Geheimverträge der öffentlichen Hand darf es nicht mehr geben. Außerdem soll die Verwaltung regelmäßig und unaufgefordert über den Stand geplanter Projekte Auskunft geben.</p>	<p>Städten praktiziert - vorhandene Datenbestände der Verwaltung in einer »BerlinCityCloud« abgebildet werden. Ohne eine Vereinheitlichung von Datenformaten, Begrifflichkeiten, Lizenzierung und Zugriffsmöglichkeit werden die Vorteile von Open Data jedoch nicht zu heben sein. Schritte dazu wurden bereits durch Rot-Rot eingeleitet. Es wurden in einer Vorstudie mehr als 110 öffentlich verfügbare Datensätze verifiziert und ein Klassifizierungsschema erarbeitet, dem vorhandene und weitere Datensätze unterworfen werden können. Der Datenschutz (Personenbezogene Daten, Daten, die durch Verknüpfung einen Personenbezug herstellen, Urheberrecht) ist in jedem Fall zu berücksichtigen und höher zu bewerten als das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit.</p> <p>Der nächste Schritt muss die Entwicklung und Beschluss eines ressortübergreifenden strategischen und organisatorischen Konzepts zu Open Data sein, das einen Leitfaden für alle Beteiligten zum Ergebnis hat. Parallel dazu müssen kleine Erprobungsprojekte zur Verifizierung von technischen, rechtlichen und organisatorischen Anforderungen vorbereitet und umgesetzt werden.</p> <p>Auf europäischer Ebene hat Berlin eine Zusammenarbeit mit vier weiteren Städten (Barcelona, Paris, Helsinki, Amsterdam) im EU-Projekt »Open Cities« begonnen.</p>	<p>frühzeitig informieren, um echte Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Das Pressegesetz wird so geändert, dass Whistleblower keine Angst mehr vor staatlichen Übergriffen haben müssen. Wir werden Transparenz leben.. Wir gehen davon aus, dass unsere Ziele innerhalb einer Legislaturperiode umgesetzt werden können. Voraussetzung hierfür ist, dass wir die anderen Fraktionen von der Dringlichkeit überzeugen können, wir werden die Zustimmung von anderen Fraktionen im Abgeordnetenhaus benötigen.</p>	<p>Zeit in Anspruch nehmen. Es gilt dabei, allen Beteiligten die großen Potenziale bewusst zu machen, um die Akzeptanz der neuen Möglichkeiten zu erhöhen.</p>
--	--	--	---	---	--

Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
<p>Inwieweit werden Sie aktiv den Ausbau des für diesen Herbst angekündigten Open-Data-Katalogs für Berlin unterstützen: Welche Mittel werden Sie dafür bereitstellen; etwa für Personal?</p>	<p>Die Berliner SPD hat sich innerhalb des Senats bereits in der zurückliegenden Legislaturperiode für eine transparentere Verwaltung eingesetzt. So wurden beispielsweise der Berlin Open Data Day 2011 sowie der Berlin Open Data Katalog durch den SPD-geführten Senat in Zusammenarbeit mit der Open-Data Community erarbeitet. Wir setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass regelmäßig ein Berliner Open-Data Day stattfindet. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass in den nächsten Koalitionsverhandlungen ausreichend Mittel zur Verwirklichung und Erweiterung des Open-Data Katalogs zur Verfügung stehen. Bereits heute gibt es in der Innenverwaltung klare Ansprechpartner für alle Fragen des IT-Governments und offener Daten.</p>	<p>Im Prinzip begrüßen wir die beim Open-Data-Day am 18. Mai 2011 vorgelegten Grundsätze. Allerdings ist in vielem, was bisher in Berlin unter dem Label „Open Data“ vorgestellt wurde, noch nicht wirklich „Open Data“ drin. Insofern ist es zwar ein Fortschritt, dass der Senat angekündigt hat, zusätzliche Ressourcen zur Fortsetzung des bestehenden Open-Data-Projekts bereitzustellen und bis Ende des Jahres Handlungsempfehlungen vorzulegen. Wir Grüne werden nach der Wahl unseren Einfluss auf diese Handlungsempfehlungen geltend machen und auf die verbindliche Umsetzung drängen. Wir halten es für wichtig, dass Politik, Verwaltung und die Nutzerinnen und Nutzer sich schnell auf geeignete Formate und die vordringlichen inhaltlichen Schwerpunkte einigen und die Nutzungsbedingungen unmissverständlich geklärt werden. Wir schlagen dazu zu Beginn der Legislaturperiode einen Workshop mit möglichst breiter Beteiligung der drei benannten Ebenen vor. Seriöse Zusagen zur Bereitstellung weiterer Mittel, die über die bisher vom Senat in Aussicht gestellten zusätzlichen Mittel hinausgehen, können zu diesem Zeitpunkt nicht gemacht werden, da hierzu erst ein Bestandsaufnahme nach der Wahl nötig ist. Vielmehr ist das Verwaltungshandeln mit den vorhandenen Personal- und</p>	<p>Unser Ziel ist, dass das Berliner Open Data Portal, welches in Kürze online gehen wird, sich schnell zu einer Plattform entwickelt, die im Sinne der Open Data Prinzipien wirklich dazu beiträgt, dass wir in Berlin eine transparente, bürgernahe Verwaltung haben. Wie bereits durch die Vertreterin der LINKEN im Staatssekretärs-Steuerungsausschuss, Frau Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt in enger Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Inneres erfolgreich erkämpft, gilt es, im Rahmen des Haushalts angemessene Mittel bereitzustellen. Die genauen Summen richten sich nach den tatsächlichen Anforderungen und können schlecht pauschal beziffert werden</p>	<p>Bereits jetzt befinden wir uns auf kommunaler Ebene in Gesprächen mit anderen Fraktionen und bringen unser Fachwissen ein, um die Herstellung von Transparenz auf kommunaler Ebene nach der Wahl umzusetzen. Wir setzen uns für regelmäßige Open-Data-Tagungen in Berlin ein, zum Erfahrungsaustausch und zur Einbindung von Fachwissen Dritter. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir bei Einzug ins Abgeordnetenhaus uns dafür einsetzen, dass ausreichend Mittel zur Verfügung steht.</p>	<p>Wir werden das Thema OpenData intensiv unterstützen. Einige Fragen sind in Berlin dazu aber aus unserer Sicht noch offen oder nicht ausreichend geklärt (u.a. gilt dies für Datenvolumen, Anzahl paralleler Nutzer, ggf. zuschaltbare on-Demand-Kapazitäten, Vorhaltezeit für die Daten oder ob und wie gewerbliche Nutzer Dienste aus diesen Daten generieren können). Die Finanzierung der nötigen technischen Investitionen wird durch uns unterstützt. Zusätzliches Personal kann es aber nur geben, wenn an anderer Stelle Personal eingespart wird.</p>

		Sachressourcen so auszurichten, dass die Open-Data-Grundsätze in Verbindung mit einem standardisierten Dokumentenmanagement und einer modernen IT-Strategie erfüllt werden können. Dazu müssen die entsprechenden Zuständigkeiten, einheitliche Standards und technische Voraussetzungen in allen Verwaltungen und auf allen Ebenen geschaffen werden.			
Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
Welche Lizenzform halten Sie für die Daten in dem Katalog für angebracht, damit sie frei verfü- und verwendbar sind?	Grundsätzlich plädieren für einen offenen Zugang aller öffentlichen Daten und einer einfachen, transparenten und rechtssicheren Möglichkeit aller Bürgerinnen und Bürger diese Daten zu nutzen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass veröffentlichte Daten der Berliner Verwaltung grundsätzlich unter einer Creative Commons Lizenz Namensnennung sowie Weitergabe unter gleichen Bedingungen (CC-BY-SA 3.0 DE, vgl. http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/) gestellt werden. Wir verweisen desweiteren auf Punkt 2 der Berliner Open Data Agenda die eine „einheitliche und einfache [...] Weiterverarbeitung, Weiterverwendung und Weiterverbreitung der Daten des Landes Berlins durch jeden und für jegliche Zwecke, auch kommerzielle“ empfiehlt. Für spezielle Datensätze „sollten nur in Ausnahmefällen minimale Kosten erhoben werden.“	Es wird lediglich einfacher, die verfügbaren Daten zu finden. Die Konditionen für die Bündnis 90/Die Grünen: Wir begrüßen generell die Bereitstellung diverser Lizenzformen von Creative Commons und Open Data Commons. Diese bieten den Urheberinnen und Urhebern die Möglichkeit, die jeweils geeignetste Lizenzform für sich zu wählen. Aufgrund der Spezifika jeweiliger Datensätze muss zusammen mit der Verwaltung für den jeweiligen Anwendungsfall die optimale Lizenz ermittelt werden. Zugleich sehen wir die Bundesregierung und das Innenministerium in der Pflicht, hier einheitliche Empfehlungen abzugeben, die mit den deutschen Informationsfreiheitsgesetzen kompatibel sind. Wichtig ist, dass Daten nicht gleich Daten sind, sondern als Informationen je nach Kontext anders bewertet werden – ein Umstand, der auch für die Veröffentlichung und Lizenzierung Folgen mit sich bringt.	Eine Entscheidung, welche Lizenzform die richtige ist, sollte seitens der Entscheidungsträger im IT-Bereich getroffen werden, in enger Abstimmung mit den Prozessen und Debatten, die bundes- und europaweit zum Thema geführt werden. Die Lizenzierung sollte auch die Vorgaben der Berliner Open Data Agenda berücksichtigen.	Die Daten werden unter der Public Domain Dedication and License (PDDL) http://opendatacommons.org/licenses/pddl/ bereit gestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Daten möglichst frei verwendbar sind und auch für wirtschaftliche Zwecke und die Wissenschaft genutzt werden können. Als Beispiel für den Umgang können Gesetzestexte gelten, die keinen Einschränkungen unterliegen und für private, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zwecke genutzt werden. Die einzige hier aufgeführte Lizenz die solche freie Verwendung ermöglicht ist die PDDL. Obwohl nicht klar ist inwieweit diese Lizenz aufgrund der unveräußerlichen Urheberpersönlichkeitsrechts in Deutschland gültig ist, werden wir uns dafür einsetzen, dass für den Katalog die PDDL, die CCzero oder eine ähnlich freie Lizenz genutzt wird. Mittelfristig müssen die rechtlichen	Die Daten werden unter verschiedenen Bedingungen bereit gestellt und werden daher nur teilweise frei verfü- und verwendbar sein.

				Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass Lizenzen mit diesem Inhalt vollumfänglich gültig sind. Unabhängig davon haben wir innerhalb der Piratenpartei Deutschland die ewiges Diskussion zwischen BSD-like und GPL-like Lizenzen noch nicht abschließend geklärt.	
Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
Welche Daten haben für Sie Priorität hinsichtlich einer Veröffentlichung als frei verfügbare behördliche Daten?	Wir befürworten unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen eine weitgehende Offenlegung von öffentlichen Daten.	Generell gilt: Daten sind grundsätzlich frei verfügbar zu machen, solange keine datenschutzrechtlichen und urheberrechtlichen Gründe dagegen sprechen. Dies ist im Folgenden z. B. im Bereich der Gesundheit oder Bildung besonders zu beachten. 4a. Umwelt-, Kataster- und Geodaten	<p>Priorität haben für uns Daten, die die gesellschaftliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger stärken und schon heute im besonderen Interesse von Bürgerinnen und Bürgern stehen wie Stadtplanung und Baugeschehen, Bürgerhaushalte, Verwaltung, Umwelt. Weiterhin interessant ist die Frage, welches Wirtschaftspotenzial sich in der Aufbereitung von Datenbeständen verbirgt.</p> <p>Angestrebt werden sollte immer eine Veröffentlichung der Daten in Vollständigkeit aus Primärquellen und - wo vorhanden - in Echtzeit. Das aber nur, wenn das hohe Gut des Datenschutzes in allen Fragen gewährleistet ist.</p>	Im Sinne der openKnowledge Bewegung lehnen die PIRATEN jede Priorisierung von öffentlichen Daten zum Zwecke der Veröffentlichung ab. Einzig von der sofortigen Veröffentlichung ausgenommen sind Daten, die direkt die Persönlichkeitsrechte Einzelner betreffen.	
Umwelt-, Kataster- und Geodaten	vollständig und regelmäßig	vollständig in Echtzeit	vollständig und regelmäßig	vollständig in Echtzeit	vollständig und regelmäßig
Haushalt	vollständig und regelmäßig Wir streben einen transparenten Haushalt an, der jeder Bürgerin und jedem Bürger Berlins einen klaren Überblick über die finanzielle Situation Berlins wiedergibt. Das Land Berlin hat zudem eine	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig

	Zuwendungs- und Transparenzdatenbank (http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/20110510.1315.343721.html bzw. http://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/zuwendungen/) aufgebaut, damit auch die Verwendung öffentlicher Gelder und Zuschüsse des Landes an Dritte nachvollzogen werden können.				
Daten von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten bezüglich Delikten und Straftaten	Teilweise. Alle Daten – mit Ausnahme von personenbezogenen und sicherheitsrelevanten Daten – sollen vollständig und regelmäßig veröffentlicht werden. Dies betrifft insbesondere die im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) schon verfügbaren Daten.	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig	vollständig in Echtzeit	teilweise
Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
Daten des öffentlichen Nahverkehrs, etwa Fahrpläne und Verspätungsmeldungen,	vollständig in Echtzeit Wir streben an, dass städtische Betriebe ihre Daten vollständig und im Bereich des aktuellen öffentlichen Verkehrs online stellen. Auftragnehmer des kommunalen und regionalen Verkehrs, die nicht in Landesbesitz sind, sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten verpflichtet werden, ihre Daten in gleicher Weise zu veröffentlichen.	vollständig in Echtzeit	vollständig und regelmäßig	vollständig in Echtzeit	vollständig in Echtzeit
Verkehrsdaten (Baustellen, Blitzanlagen, etc.)	vollständig in Echtzeit Bereits heute werden solche Daten regelmäßig durch die Bezirke und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung veröffentlicht. Je	vollständig in Echtzeit	vollständig und regelmäßig	vollständig in Echtzeit	vollständig in Echtzeit

	nach Art des Datensatzes befürworten wir eine vollständige Veröffentlichung.				
Daten aus dem Ausbildungs- und Bildungsbereich (Kindergarten, Schule, etc.)	vollständig und regelmäßig. Bis auf personenbezogene Daten befürworten wir eine vollständige und regelmäßige Veröffentlichung, die durch die Senatsverwaltung für Bildung schon heute regelmäßig erfolgt.	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig	teilweise
Daten aus dem Gesundheitsbereich	vollständig in Echtzeit- Personenbezogene Daten zur Gesundheit müssen vorrangig und umfassend geschützt werden. Statistische Daten im Gesundheitsbereich sollen darüber hinaus vollständig und in regelmäßigen Intervallen online gestellt und aktualisiert werden. Schon heute übernimmt diese Aufgabe das Statistische Landesamt. Wichtige, aktuelle Daten zum gesundheitlichen Verbraucherschutz und aus der Hygieneüberwachung durch das Gesundheitsamt sollen vollständig und in Echtzeit online zur Verfügung gestellt werden. So wird es bereits beim sogenannten Hygienesiegel für Restaurants durchgeführt.	vollständig in Echtzeit	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig	teilweise
Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
Daten aus dem Stadtentwicklungsbereich (Karten, Baupläne, Verkehrsplanung etc.)	vollständig und regelmäßig Ggf. mit Ausnahme von sicherheitsrelevanter/kritischer Infrastruktur/Daten. Allerdings erfolgt dies auch heute schon durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung			vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig

»Amtlichen Werken«, etwa Gesetzestexte und Verlautbarungen, die nach §5 UrhG gemeinfrei sind?	vollständig und regelmäßig Durch das Amtsblatt.	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig	vollständig und regelmäßig
Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
Inwieweit halten Sie Fortbildungen von Verwaltungs- und Landesregierungsmitarbeitenden unter dem Aspekt »frei verwendbare behördliche Daten« und »transparente Verwaltung« für angebracht? Welche Mittel würden Sie dafür bereitstellen; wie könnten solche Bildungsmaßnahmen umgesetzt werden?	<p>Erliegt durch Senatshandeln. Denn schon heute bietet die Verwaltungsakademie des Landes Berlins entsprechende IT-Government-Kurse für die Bediensteten im Landes- und Bezirksdienst an.</p> <p>Darüber hinaus gilt: Wie in der Politik muss auch in der Verwaltung ein Kulturwandel stattfinden, in dem Transparenz, für die Bürgerinnen und Bürger aber auch für die Verwaltung selbst, als Bereicherung und Stärkung unserer Demokratie wahrgenommen wird.</p> <p>Darum müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Behörden bzgl. des Informationsfreiheitsgesetzes (insbesondere zu Auskunftsrecht und Fristen) und Open-Data verstärkt geschult werden. Die bereits vorhandenen IT-Beauftragten der Verwaltungen wollen wir zu Open-Data-Verantwortlichen weiterbilden.</p>	<p>Auch wenn die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen sein werden, wird ein Kulturwandel in der Verwaltung von der Führungsspitze bis zu den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern befördert werden müssen. Dies ist jedoch die elementare als auch entscheidende Voraussetzung dafür, dass eine Open-Data-Offensive auch tatsächlich greifen kann. Deswegen sind Fortbildungen hier unabdingbar. Diese könnten im Rahmen der üblichen Fortbildungsetats möglichst kostenneutral über die Verwaltungsakademie in Verbindung mit Vertreterinnen und Vertretern der Open-Data-Szene angeboten werden. Gleichzeitig sollte eine auch nach innen gerichtete Informationskampagne gestartet werden, ergänzt durch zentrale und dezentrale Workshops. Auch Wettbewerbe analog zum Münchner Programmierwettbewerb sind denkbar. Wir wollen zudem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung dazu motivieren, selber in ihrem Verantwortungsbereich Ideen zu entwickeln, wie unsere Leitidee der transparenten Verwaltung verbessert werden kann, um die praktischen Erfahrungen stärker in die politische Debatte mit einzuspeisen.</p>	<p>Die genannten Fortbildungen sind notwendig um einerseits ein Bewusstsein für freie Daten zu schaffen und Besitzstandsdenken verschiedener Abteilungen abzubauen.</p> <p>Ein Bewusstsein für eine »transparente Verwaltung« muss gemeinsam mit den Beschäftigten erarbeitet werden. Andererseits sollten auch Fortbildungen im Umgang mit neuen Datenformaten, die die Bedingungen von Open Data erfüllen, erfolgen - sicher ist es sinnvoll, dass die Landesverwaltungsakademie solche Angebote in enger Abstimmung mit den Spezialisten für Open Data anbietet.</p>	<p>Die PIRATEN Berlin halten Fortbildung für erforderlich, um den Verwaltungs- und Landesregierungsmitarbeitern die Vorteile von OpenData nahezubringen. In unserem Wahlprogramm steht der Satz, Transparenz ist keine Anordnung, Transparenz muss gelebt werden. Durch die bisherige Struktur der Vorgangsbearbeitung ist von Verunsicherung der Angestellten und Beamten in Politik und Verwaltung auszugehen. Wir wollen dass sie selbst erkennen, dass der freie Zugang zu öffentliche Daten unmittelbar und nachvollziehbar ihnen die Arbeit erleichtert und notwendiges Vertrauen der Bürger in Politik und Verwaltung gewährleistet. Bei den Schulungsmaßnahmen ist, um den Zeitplan der Umsetzung innerhalb einer Legislaturperiode halten zu können, flexibel zu agieren. Wir sind sowohl für eine arbeitsplatzbegleitende Fortbildung, gerade was den Umgang mit der freien Software angeht sowie für regelmäßige Schulungsveranstaltungen, in denen erworbenes Wissen vertieft und ausgetauscht werden kann. Dies setzt eine hohe Schulungsbereitschaft der Angestellten und Beamten voraus, dessen sind wir uns bewusst. Wir</p>	<p>Fortbildungen für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung in den angesprochenen Bereichen sind sehr wichtig. Vor allem geht es darum, die Mitarbeiter für eine transparente Verwaltung zu gewinnen. Da dies oft eine Umstellung der Einstellungen und Arbeitsweisen voraussetzt, ist eine Begleitung und Fortbildung unerlässlich. Durch einen frühzeitigen Umgang mit neuen Prozessen und Techniken und entsprechender Fortbildung wird die Akzeptanz durch die Mitarbeiter gesteigert und der Umsetzungsprozess beschleunigt. In der Vergangenheit konnten einige Verwaltungsmodernisierungsprozesse nur mit erheblichen Verzögerungen umgesetzt werden, da einige Behörden die Umsetzung verlangsamten. Derartigen Verzögerungen wollen wir durch frühzeitige Beteiligung und Information der Beteiligten entgegenwirken.</p>

				<p>gehen davon aus, dass wir in beiden Bereichen auf externes Schulungspersonal setzen müssen und werden uns dafür einsetzen, dass unmittelbar nach der Wahl mit der entsprechenden Ausschreibung begonnen wird.</p> <p>Die Schulungsmaßnahmen werden unserer Meinung nach dadurch erleichtert, dass es nach unseren Vorstellungen weder Fristen noch Beschränkungen des freien Zugangs zu öffentlichen Daten gibt. Wir sehen eine Schulung in der Unterscheidung zwischen öffentlichen Daten und Daten, die Persönlichkeitsrechte Einzelner betreffen neben der Schulung in der Anwendungssoftware als erforderlich an.</p>	
Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
<p>Als Landesregierung können Sie im schulischen Bildungsbereich tätig werden: Inwiefern gehört für Sie Medienkompetenz - und damit auch IT- und Datenkompetenz - in einen modernen Unterricht? Fallen für Sie die Themen »frei verwendbare behördliche Daten« und »transparente Verwaltung« in den Bereich der politischen Bildung?</p>	<p>„Wir wollen eine Teilhabe aller an den Neuen Medien und wenden uns gegen die drohende informationelle Spaltung der Gesellschaft.“ (vgl. BERLINprogramm, S. 28). Darum treten wir-5- für eine verbesserte Vermittlung von Medienkompetenz an den Berliner Schulen und Volks- hochschulen ein. Hierbei muss auch die Vermittlung von der Idee und die Nutzung von Open-Data eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus setzt sich die SPD Berlin dafür ein, dass Open-Data - also auch die Themen „frei verwendbare behördliche Daten“ und „transparente Verwaltung“ - im Lehrauftrag der politischen Bildung einen angemessenen Platz erhält</p>	<p>Wir halten Medienkompetenz für eine Querschnittsaufgabe im Fächerkanon. Dabei ist der Einsatz von MedienpädagogInnen, die gemeinsam mit den Lehrkräften konkrete Themen aufgreifen und gemeinsam mit den SchülerInnen bearbeiten, zwingend notwendig. Der bewusste und um die Konsequenzen wissende Umgang mit Daten aller Art (dazu zählen wir die Wahrung des Urheberschutzes genauso wie die Information über alternative Lizenzformen) sind somit Teil einer ganzheitlichen Bildung, die politische Bildung immer beinhaltet. Wir nehmen die vielfältigen Herausforderungen, die aus dem Umgang mit dem Netz erwachsen, ernst und wollen dieser unter</p>	<p>Medienkompetenz ist unverzichtbarer Bestandteil eines modernen Unterrichts. Die Regierungskoalition hat mit dem »eEducation Berlin Masterplan« wichtige Voraussetzungen geschaffen, dass sich in den Berliner Schulen der Einsatz von digitalen Medien weiterhin konsolidieren und verstetigen kann und die medienpädagogische Arbeit erfolgreich entwickelt und gefördert wird.</p> <p>Mit einem weiteren Projekt eGovernment wird eine einheitliche Software für die Berliner Schulen für die Schulorganisation und -verwaltung entwickelt, die eine verlässliche Daten- und</p>	<p>Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, die Medienkompetenzen bei Entscheidungsträgern, Lehrkräften und Lernenden zu schaffen, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Ein selbstbestimmter und aufgeklärter Umgang mit öffentlichen Inhalten ist für die PIRATEN Berlin Ziel des staatlichen Bildungsauftrags. Daher ist für die Teilnahme an öffentlichen Bildungsangeboten der Stadt Berlin – Schulen, Hochschulen, Bibliotheken sowie Einrichtungen kultureller Bildung – der uneingeschränkte Zugang zu Inhalten offener Datennetze unerlässlich. Die Ausstattung mit digitalen Arbeitsmitteln und ein Internetzugang für alle Lernenden ist eine Voraussetzung für den Zugang zur</p>	<p>Medienkompetenz ist im schulischen Bereich außerordentlich wichtig. Die Recherche nach und die Nutzung von Daten gehören zu den grundlegenden Medienkompetenzen. Schüler und Schülerinnen sollen lernen, wie sie sich zu verschiedensten Themen am besten informieren und wie sie am besten mit Daten umgehen können. Die FDP will dabei eine möglichst herstellerunabhängige Grundlagenschulung in den Bildungseinrichtungen fördern. Das Thema „frei verwendbare Daten“ gehört für uns als Querschnittsthema</p>

	<p>und Schulen sowie die Landeszentrale für politische Bildung Berlin ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ferner muss bereits in der Ausbildung von zukünftigen Mitarbeitern der Verwaltung der Umgang mit offenen Daten gelehrt werden.</p>	<p>anderem auch durch eine verstärkte Medienbildung und -erziehung Antwort geben. Zu einer Medienkompetenzvermittlung, die den Herausforderungen gerecht wird, gehört aber auch die Auseinandersetzung mit rechtlichen und ethischen Fragen, die neue Medien für Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler aufwerfen. Bezüglich des auch an Berliner Schulen immer wieder auftretenden Problems von Cybermobbing und Happy Slapping regen wir die gemeinsame Erarbeitung eines schulischen Fairnesskodexes durch SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern an, mit dem an einigen Berliner Schulen bereits gute Erfahrungen gemacht wurden.</p> <p>Für die Medienpädagogik sehen wir im digitalen Zeitalter aber nicht nur die klassischen Bildungseinrichtungen verantwortlich sondern z.B. auch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Sie sollte sich daher verstärkt bemühen, die Medienkompetenz junger Menschen zu fördern. Dazu gehört auch der Offene Kanal, ALEX.</p> <p>In unserem Wahlprogramm fordern wir zudem die Stärkung von Open Educational Resources (OER), um die Lerninhalte auf offene und freie Formate umzustellen und somit eine gemeinsame Weiterentwicklung von qualitativ hochwertigen Bildungsinhalten auf allen Bildungsebenen zu ermöglichen und zu fördern.</p>	<p>Informationsplattform für Planungs- und Ergebnissicherheit schafft.</p> <p>Politische Bildung richtet sich an den Bürger und will die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft befördern. Digitale Offenheit kann Demokratie stärken. Insofern sind beide Themen wichtig für die politische Bildung. DIE LINKE führt am 3. September eine netzpolitische Konferenz durch, auf der zu Open Data, Transparenz öffentlicher Daten, Informationsschutz/Whistleblowing diskutiert wird.</p>	<p>Informations- und Wissensgesellschaft und einer aktiven Teilhabe an dieser. In der täglichen Anwendung können Lehrende und Lernende ihre Medienkompetenz steigern. Daher wollen wir kein zusätzliches Lehrfach einführen, sondern die Anwendungen mit digitalen Arbeitsmitteln, Unterricht mithilfe des Internets in allen Schulfächern etablieren.</p> <p>Wir wollen, dass Unterrichtsmaterialien unter einer freien Lizenz zugänglich gemacht werden. Dies vereinfacht den Lehrkräften die Erarbeitung von eigenen Unterrichtsmaterialien. Die Erstellung frei verwendbarer Materialien durch Lernende, Lehrende und andere wird durch das Land gefördert.</p> <p>Wir sind uns im Klaren darüber, dass dies gerade in Schulen in der Anfangsphase die Schulung der Lehrenden erfordert und würden uns daher für eine Begleitung des Unterrichts durch Nicht-Pädagogen mit entsprechenden Kenntnissen einsetzen.</p> <p>a. Wir fordern den freien Zugang zu öffentlichen Daten, daher sehen wir es als erforderlich an, dass die Anwender = Bürger so früh wie möglich lernen, wie sie die Daten nutzen und weiterverwenden können. Wir setzen uns für Transparenz in Verwaltung und Politik ein, da wir dies als Voraussetzung für</p> <p>* die Kontrolle von Politik und Verwaltung durch die Berliner * eine</p>	<p>in alle Schulfächer.</p>
--	--	--	--	---	-----------------------------

				<p>aktive Informationspolitik ist, die die Berliner über alle Projekte auf dem aktuellen Stand hält * mehr direkte demokratische Mitbestimmung in Verbindung mit einer aktiven Informationspolitik ist.</p> <p>Wir setzen uns für ein Wahlrecht ohne Altersbeschränkung ein, daher wollen wir dass sich Lernende früh über ihre Möglichkeiten zur Kontrolle und zur Mitbestimmung im Klaren sind.</p>	
Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
<p>Werden Sie bei einer Beteiligung an einer Landesregierung für eine pro-aktive Veröffentlichungspflicht innerhalb des Landesinformationsfreiheitsgesetzes (IFG) eintreten (siehe Bremen)? Bis wann könnte eine Neufassung des IFG möglich sein?</p>	<p>„Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz ist bundesweit vorbildlich. Trotzdem werden wir es kontinuierlich weiterentwickeln. Öffentliche Daten [...] machen wir so weit wie möglich transparent und richten Schnittstellen zur Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger ein.“ (BERLINprogramm, S. 29)</p> <p>Daher setzt sich die SPD Berlin dafür ein, dass der Senat noch transparenter wird und im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes seiner Veröffentlichungspflicht vollständig und zeitnah nachkommt. Verträge der öffentlichen Daseinsvorsorge sollten im Regelfall vollständig veröffentlicht werden. Eine Stärkung des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in diesem Zusammenhang zu prüfen. Wir stehen in engen Kontakt zu unseren Genossen der SPD Bremen, die sich an den Berliner Informationsfreiheits-Diskussionen orientiert haben und die das dortige</p>	<p>Wie schon in der Antwort zur Frage 1a ausgeführt, gehört die pro-aktive Veröffentlichungspflicht zu einem von uns angestrebten Paradigmenwechsel und wäre über eine Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes nach Bremer Vorbild auch in Berlin möglichst rasch gesetzlich abzusichern. Wir favorisieren dies in Verbindung mit einem neu zu erstellenden E-Government-Gesetz und der Aktualisierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung des Landes Berlin (GGO), wobei der Aspekt eines Informationszugangsgesetzes zu berücksichtigen ist. Da mit Widerständen bei möglichen Koalitionspartnern und innerhalb von Teilen der Verwaltung zu rechnen ist, kann hierzu keine seriöse Zeitschiene zur 5Gesetzesverabschiedung benannt werden. Ohne diese Widerstände wäre dies bis Mitte 2012 machbar.</p>	<p>Das Land Berlin hat mit der jüngsten Reform des IFG, die von den LINKEN mit ausgearbeitet wurde, im Jahr 2010 neue Maßstäbe bei der Offenlegung von Privatisierungsverträgen gesetzt. Für die Zukunft ist nun u.a. festgelegt, dass etwaige Privatisierungsverträge im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, also z.B. Nahverkehr, Wasser- und Energieversorgung oder Krankenhauswesen, ausnahmslos offengelegt werden müssen. Skandalöse Geheimverträge wie die vom damaligen CDU/SPD-Senat abgeschlossenen Verträge zur Teilprivatisierung der Wasserbetriebe werden somit in Zukunft nicht mehr möglich sein. Eine Weiterentwicklung des IFG etwa nach dem Vorbild Bremens scheint sinnvoll. DIE LINKE wird weiterhin für eine Verbesserung des IFG im Sinne der Transparenz staatlichen Handelns eintreten.</p>	<p>Eine pro-aktive Veröffentlichungspflicht ist ein Grundanliegen der PIRATEN Berlin. Das IFG Bremen ist ein Anfang, aber auch in diesem Gesetz sind viele Einschränkungen enthalten, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> * Es besteht weiterhin Antragspflicht, * Es gelten Fristen für die Bearbeitung eines Auskunftersuchens, * Auskünfte können in mündlicher und schriftlicher Form erfolgen, sie sind nur für den Antragsteller zugänglich * <p>Antragsbearbeitung wird wegen Rücksprache mit Dritten, die das Auskunftersuchen berührt, verzögert oder gar verhindert.</p> <p>Die PIRATEN Berlin für eine aktive Informationspolitik einsetzen, in der öffentliche Daten ohne Antrag der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Es besteht keine Holschuld der Bürger, sondern eine Bringschuld der Verwaltung. Wir sehen dies als Teil der Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes hinsichtlich des zu gewährenden Rechts auf Akteneinsicht an.</p>	<p>Die FDP fordert, dass die Informationsrechte der Bürger gegenüber den Behörden unter Beachtung der Interessen von Dritten ausgedehnt werden. Eine Pflicht der Behörden, diese ohne Aufforderung von sich aus offen zu legen, halten wir nur dann für sinnvoll, wenn ein erhebliches öffentliches Interesse besteht. Darüber hinausgehende Veröffentlichungspflichten stehen in keinem Verhältnis zum zusätzlichen Aufwand. Davon unberührt bleibt das Recht des einzelnen Bürgers auf Information</p>

	<p>Informationsfreiheitsgesetz, auf den Weg gebracht haben. In der kommenden Legislaturperiode wird die Berliner SPD, in Abstimmung mit dem Koalitionspartner, Fachpolitikern anderer Bundesländer, Bündnissen der Zivilgesellschaft sowie dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, dass vorhandene Informationsfreiheitsgesetz um proaktive Elemente zu ergänzen. [Koalitionsvertrag Bremen, S. 121-122: Wir werden das Informationsfreiheitsgesetz weiter entwickeln und stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die bremische Verwaltung transparenter wird und ihre Veröffentlichungspflichten nach dem Bremischen Informationsfreiheitsgesetz noch stärker nachkommt. Auch Verträge der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen im Regelfall veröffentlicht werden.</p> <p>Weiter ist eine Bündelung der Zuständigkeit nicht nur für das Datenschutzrecht, sondern auch für das Informationsfreiheitsrecht und damit eine einheitliche besondere Dienstaufsicht über die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit durch Aufnahme des Informationsfreiheitsrechts in den Geschäftsbereich der Senatskommissarin für den Datenschutz zu prüfen]</p>			<p>Bezugnehmen auf die Veröffentlichung von Verträgen, bezieht sich das IFG Bremen nur auf Verträge zur Daseinsfürsorge, dies ist nicht ausreichend, um dem Informationsbedürfnis der Bürger zur Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion zu genügen oder die Voraussetzung zu einer aktiven Beteiligung der Bürger an Entscheidungen in Politik und Verwaltung zu schaffen. Wir haben ein Positionspapier veröffentlicht, in dem wir uns für eine Neufassung des Vertragstransparenzgesetzes aussprechen (http://berlin.piratenpartei.de/2011/08/14/positionspapier-einsatz-fur-ein-vertragstransparenzgesetz/), das folgende Punkte regelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◦ Alle Verträge, bei der die öffentliche Hand direkt oder indirekt nennenswerte Verpflichtungen eingeht, sind vorab im Internet zu veröffentlichen. ◦ Die Pflicht erstreckt sich auch auf Unternehmen und Organisationen, die von der öffentlichen Hand verwaltet oder betrieben werden, zu nennenswertem Teil im Eigentum der öffentlichen Hand stehen oder als Monopolisten öffentliche Aufgaben wahrnehmen. ◦ Es sind sinnvolle Bagatellgrenzen und Ausnahmeregelungen zu treffen, um das Gesetz praktikabel zu machen ◦ Eine Nichtveröffentlichung soll zu Ungültigkeit des Vertrages führen, ohne dass dies zu einseitigen Belastungen einer Vertragspartei führt 	
--	--	--	--	--	--

Fragen	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
<p>Werden Sie bei einer Beteiligung an einer Landesregierung gegebenenfalls für eine in der obigen Frage angesprochene Veröffentlichungspflicht auf Bundesebene, etwa im Bundesrat, eintreten?</p>	<p>Ja</p>	<p>Selbstverständlich werden wir uns auch über den Bundesrat für Prinzipien einsetzen, wie wir sie auf Landesebene anstreben. Hierzu stehen wir auch mit der Bundespartei von Bündnis 90/Die Grünen, der grünen Bundestagsfraktion, die gerade ein umfangreiches Positionspapier (http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/384/384988.informationsfreiheit_2_0_und_op_en_data.pdf) hierzu verabschiedet hat und in Kürze ein Fachgespräch hierzu durchführen wird, genauso wie mit anderen Landesregierungen, an denen Grüne beteiligt sind, in engem Austausch.</p>	<p>Ja!</p>	<p>Ja.</p>	<p>Ja, in dem bereits dargestellten Umfang.</p>